

Antrag des Kreisvorstandes an den SPD-Kreisparteitag Burgenlandkreis

Der SPD-Kreisparteitag möge beschließen:

Änderungsantrag an den Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt zur Zukunft der Braunkohle in Sachsen-Anhalt

1. Auf Seite 12 des Entwurfs werden die Zeilen 13 und 14 wie folgt neu gefasst:
„Die einheimische Braunkohle: wichtiger Baustein einer sicheren Energieversorgung, langfristig Chemierohstoff“
2. Auf Seite 12 des Entwurfs werden die Zeilen 16 bis 32 wie folgt neu gefasst:
„Die intelligente Erschließung und Nutzung der uns zur Verfügung stehenden, eigenen Ressourcen sind für uns von zentraler Bedeutung. Seit 2006 produziert Sachsen-Anhalt, nicht zuletzt aufgrund der erneuerbaren Energien, mehr Energie, als wir im Land verbrauchen. Wegen der mangelnden Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien leistet die Braunkohle einen unverzichtbaren Beitrag für die Versorgungssicherheit. Der Rohstoff Braunkohle stellt deshalb einen wichtigen Baustein unserer Energiegewinnung dar. Die SPD Sachsen-Anhalt hat gemeinsam mit den Sozialdemokraten aus NRW, Brandenburg und Sachsen wesentlichen Anteil am Zustandekommen des Kompromisses zur Zukunft der Braunkohle, der zwischen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Energiewirtschaft durch Vermittlung der IG BCE vereinbart wurde. Dieser steht für sichere Energieversorgung Deutschlands, sichert auch in Sachsen-Anhalt tausende qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze und setzt unsere Klimaziele durch Reduktion des CO₂-Ausstosses um. Wir werden für dessen Umsetzung auf der Bundesebene genauso wie in Sachsen-Anhalt sorgen. Langfristig ist Braunkohle jedoch zu wertvoll, um sie nur für die Erzeugung von Strom zu nutzen, ihre Perspektive ist die stoffliche Nutzung. Zum einen brauchen wir sie für die Herstellung hochwertiger chemischer Grundstoffe und Produkte. Zum anderen müssen die CO₂-Belastungen weiter reduziert werden.“
3. Am Seite 12 des Entwurfs werden die Zeilen 35 bis 39 wie folgt neu gefasst:
„Wir nutzen die Braunkohle zur Energieversorgung im Sinne des von der IG BCE erreichten Kompromisses in dem Dreiklang von Versorgungssicherheit, Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Klimaschutz. Dabei verschließen wir wegen der Klimaziele nicht die Augen vor einem langfristig notwendigen Strukturwandel. Die stoffliche Verwertung der Braunkohle in der chemischen Industrie ist dabei ein wichtiger Baustein.“

BEGRÜNDUNG:

Die SPD Sachsen-Anhalt hat wesentlichen Anteil am Zustandekommen des sog. Braunkohle-Kompromisses vom Sommer 2015 gehabt. Dies hat uns die Anerkennung der Beschäftigten in den Tagebauen und Kraftwerken eingebracht. Dieser Er-

folg konnte nur durch den engen Schulterschluss zwischen IGBCE und SPD Sachsen-Anhalt erreicht werden.

Demgegenüber hat der Entwurf unseres Wahlprogrammes zu einer erheblichen Verunsicherung gesorgt. Durch die mehrfache Verwendung von Begriffen wie „Brückentechnologie“, „mittelfristig“ und „Ausstieg“ entstand der, sicher nicht so gewollte Eindruck, dass die SPD Sachsen-Anhalt, in einer neuen Landesregierung ab 2016 den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung betreibe. Das wäre das Gegenteil von dem, was mit dem Braunkohle-Kompromiss erreicht worden war.